



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

19. Juni 2020

Wochenbericht KW 25

forsa | Kantar | IfD Allensbach | GMS

Wähleranteile:	Union zwischen 40 % und 38 %, SPD zwischen 16 % und 14 % Grüne bei 18,5 % bzw. 17 %, AfD zwischen 10 % und 8 %
Problemlösungskompetenz:	48 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land positiv 9 von 10 Bürgern sind mit der Lebensqualität in Deutschland zufrieden
Themen der Bundesregierung:	Coronavirus, Wirtschaftspolitik
Flüchtlinge:	Gut zwei Drittel machen sich keine Sorgen über die Flüchtlingszahlen Anteil derjenigen, die kurzfristig eher Nachteile sehen, auf Tiefststand seit Erhebungsbeginn im November 2015
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	GMS³
CDU/CSU	40 (-)	38 (-1)	40,0 (+2,0)	39 (+1)
SPD	14 (-2)	15 (-)	16,0 (+0,5)	15 (-1)
FDP	6 (-)	7 (-)	4,5 (-1,0)	6 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (+1)	7,0 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	17 (+2)	17 (-)	18,5 (-0,5)	17 (+1)
AfD	8 (-)	10 (+1)	9,5 (+0,5)	9 (-1)
Sonstige	7 (-)	5 (-1)	4,5 (-1,5)	6 (-)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.	10.-17.06.	01.-13.06.	09.-15.06.

Die Union liegt bei forsa 26 (+2), bei IfD Allensbach 24,0 (+1,5), bei GMS 24 (+2) und bei Kantar 23 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: forsa, Kantar, IfD Allensbach, GMS)

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	48 (-1)
SPD	7 (-)
Grüne	5 (+2)
sonstige Parteien	6 (-1)
keine Partei	34 (-)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 41 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 14 (-1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

(Zeitreihe)

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.06.2020)

² im Vergleich zur KW 21

³ im Vergleich zur KW 18

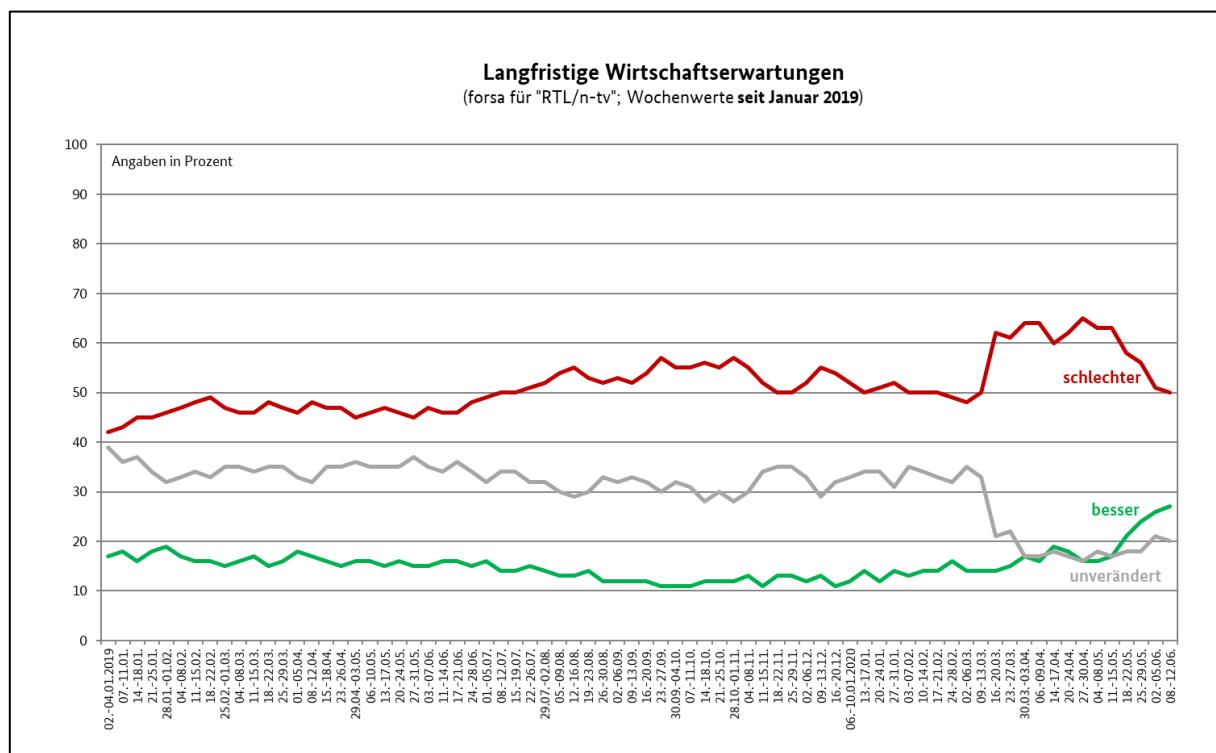
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	27	(+1)
schlechter	50	(-1)
unverändert	20	(-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.	

Über ein Viertel der Bundesbürger rechnet mittlerweile damit, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern werden. Der Wert von 27 % ist der höchste seit Januar 2018.

Die Hälfte der Bevölkerung rechnet jedoch nach wie vor mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage.



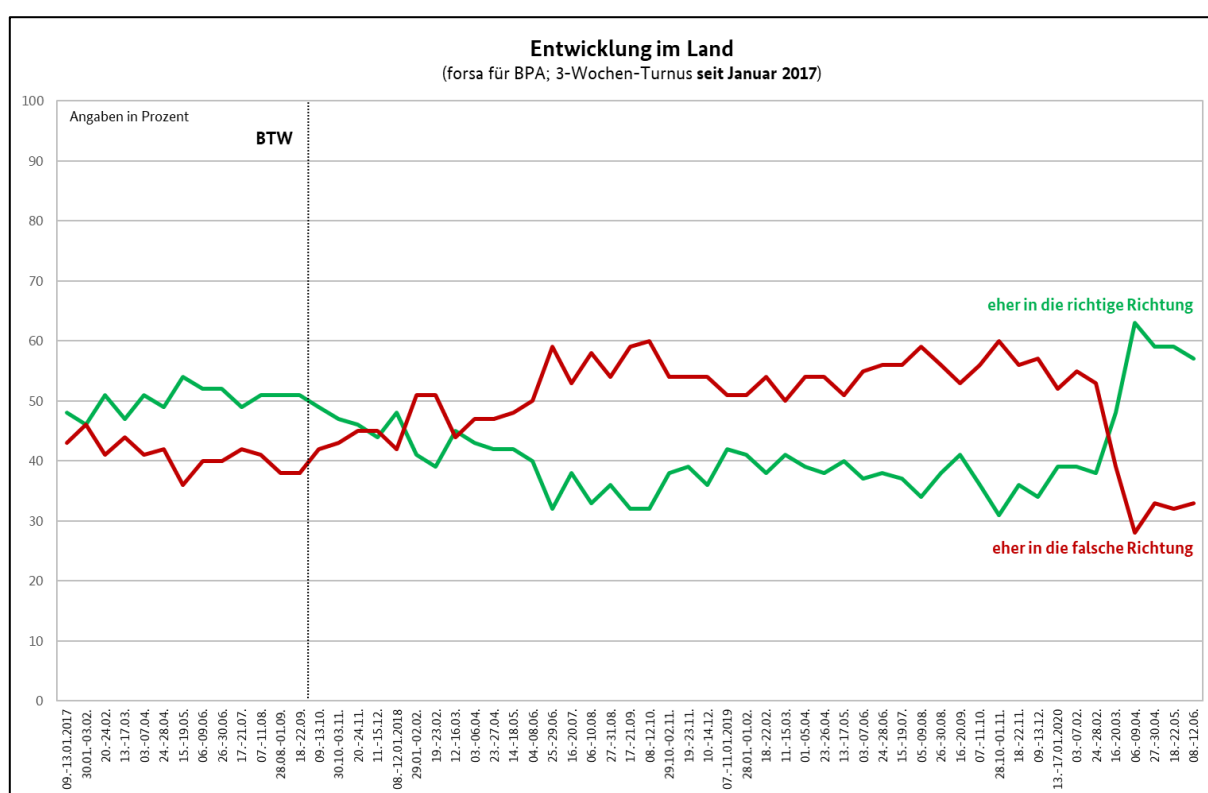
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	57 (-2)
eher in die falsche Richtung	33 (+1)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.

Anhänger der Union (71 %), der Grünen (70 %) und der SPD (68 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Personen mit hoher formaler Bildung glauben das eher als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (62 % zu 51 %).

Für 45- bis 59-Jährige (41 %) und Anhänger der AfD (84 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung. Ostdeutsche sind eher dieser Meinung als Westdeutsche (41 % zu 31 %).



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	91 (+1)	8 (-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	60 (-2)	38 (+2)
Lage am Arbeitsmarkt	59 (-4)	33 (+3)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42 (-2)	49 (+3)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	40 (+2)	54 (-2)
Schul- und Bildungssystem	39 (+1)	56 (-2)
Umwelt- und Klimaschutz	39 (-2)	59 (+2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	39 (-2)	59 (+3)
Sicherung der Altersversorgung	38 (-5)	59 (+5)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	34 (-2)	60 (+1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	33 (-)	62 (-)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (91 %), dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (60 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (59 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

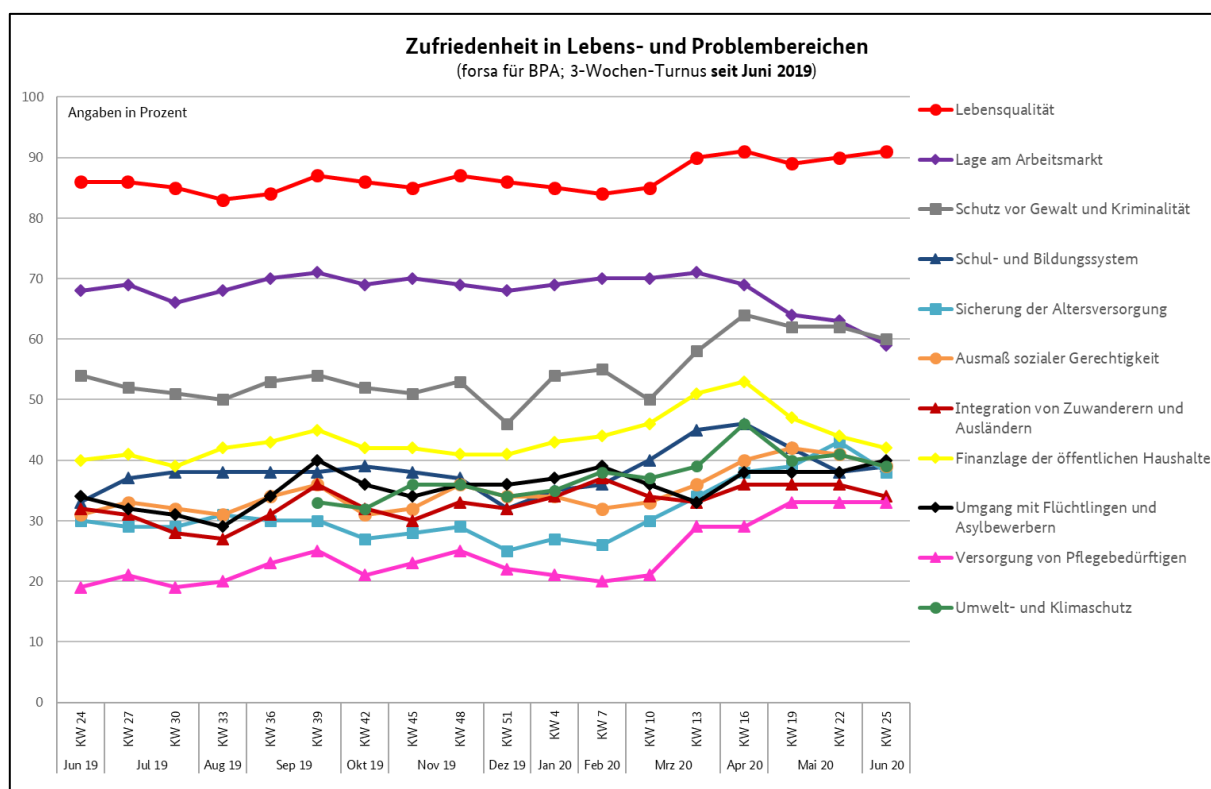
Die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt ist in dieser Erhebung nochmals gesunken. Über 45-Jährige sind häufiger unzufrieden als unter 45-Jährige (39 % zu 26 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (39 % zu 27 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (51 % zu 27 %).

Anhänger der AfD (77 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte, über 30-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (53 % zu 37 %).

Anhänger der Grünen und der Linkspartei (jew. 82 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz, Frauen häufiger als Männer (65 % zu 54 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (66 % zu 56 %).

Anhänger der Linkspartei (81 %) sind auch mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit besonders oft unzufrieden, ebenso Anhänger der AfD (78 %). Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (71 % zu 57 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (66 % zu 53 %).

Personen mit mittlerer formaler Bildung (66 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) und der Linkspartei (74 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (68 % zu 45 %).



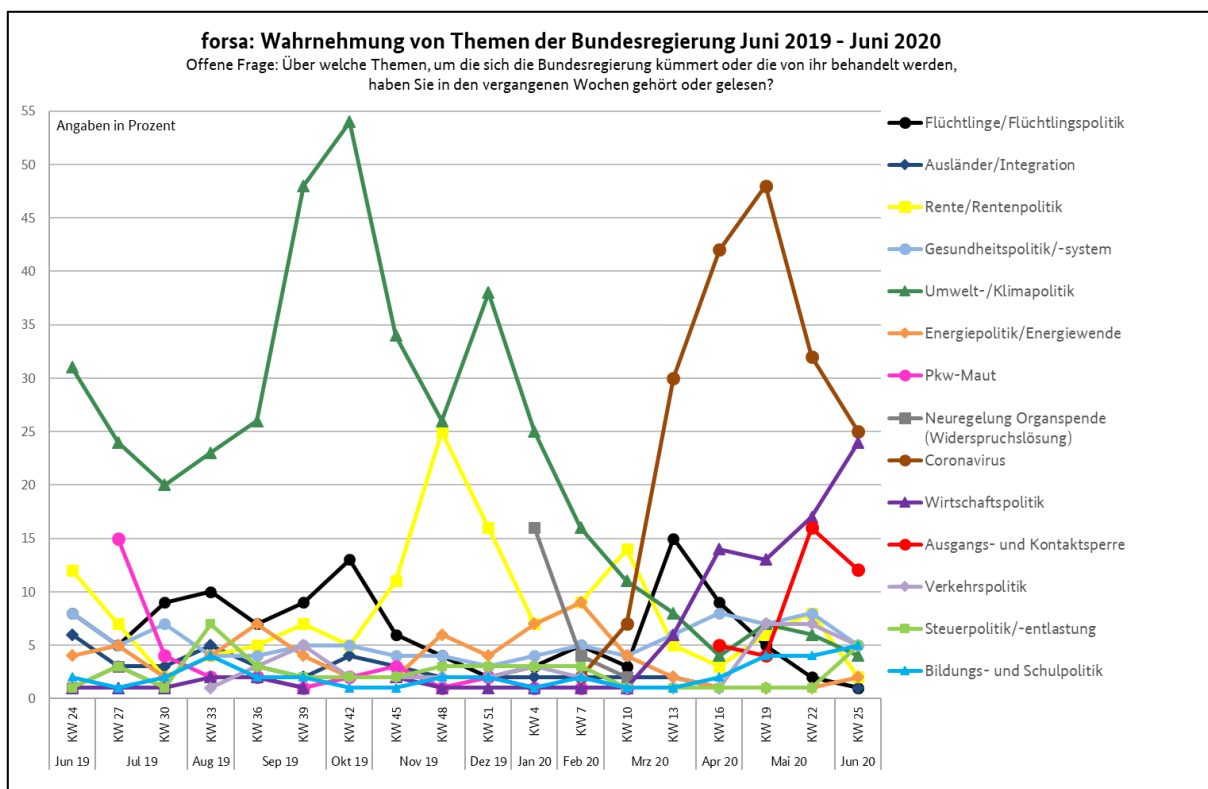
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 22

	forsa für BPA
Coronavirus	25 (-7)
Wirtschaftspolitik	24 (+7)
Ausgangs- und Kontaktssperre	12 (-4)
Steuerpolitik/-entlastung	5 (+4)
Bildungs- und Schulpolitik	5 (+1)
Verkehrspolitik	5 (-2)
Gesundheitspolitik/-system	5 (-3)
Erhebungszeitraum	08.-12.06.

Das Coronavirus und die Wirtschaftspolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Im Vergleich zur letzten Erhebung hat das Coronavirus nochmals an Bedeutung verloren (-7 Prozentpunkte), während die Wirtschaftspolitik weiterhin an Relevanz gewinnt (+7 Prozentpunkte).

Anhänger der Grünen (37 %) nennen die Wirtschaftspolitik überdurchschnittlich oft. Männer nennen das Thema häufiger als Frauen (29 % zu 19 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (31 % zu 15 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (34 % zu 16 %).



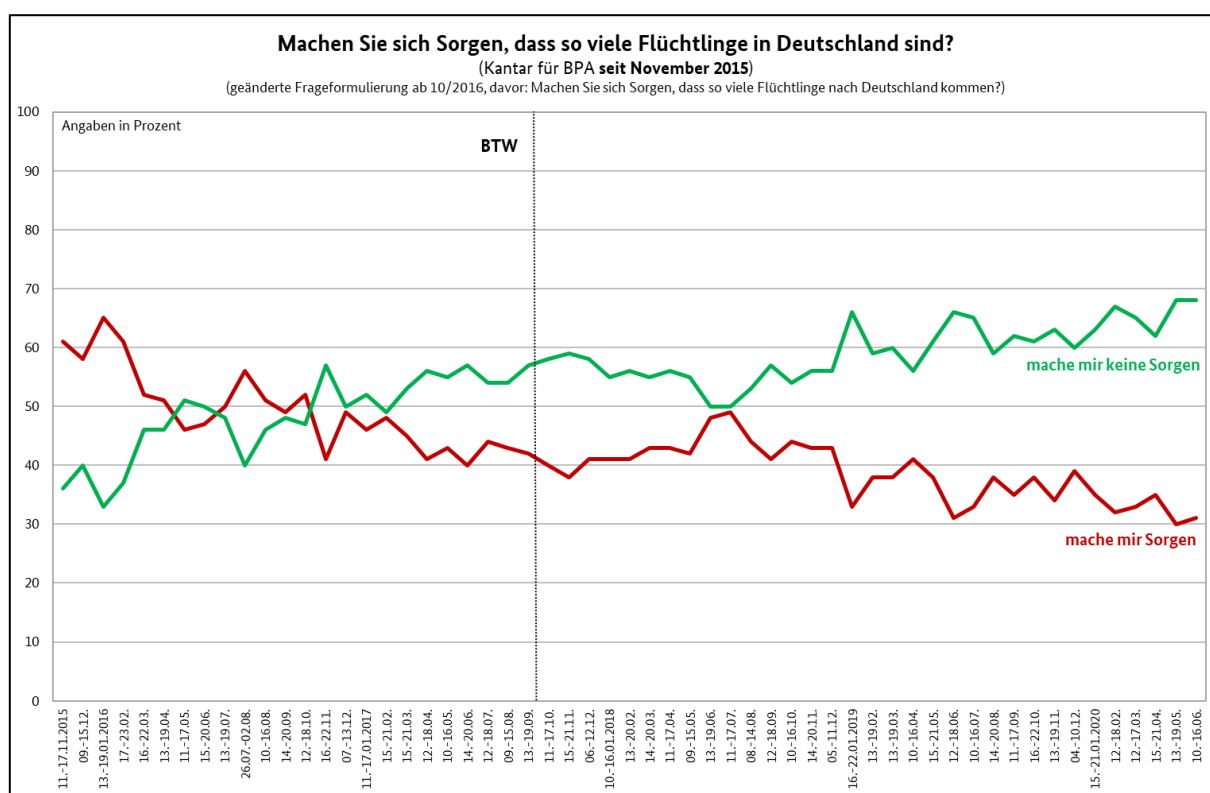
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	Kantar für BPA	
mache mir Sorgen	31	(+1)
mache mir keine Sorgen	68	(-)
Erhebungszeitraum	10.-16.06.	

Gut zwei Drittel der Bundesbürger machen sich keine Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Unter 30-Jährige (88 %) sowie Anhänger der Grünen (90 %) und der SPD (82 %) sind vor allem dieser Meinung. Personen mit hoher formaler Bildung machen sich häufiger keine Sorgen als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 56 %).

Hingegen machen sich Anhänger der AfD (86 %) überdurchschnittlich oft Sorgen.



● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

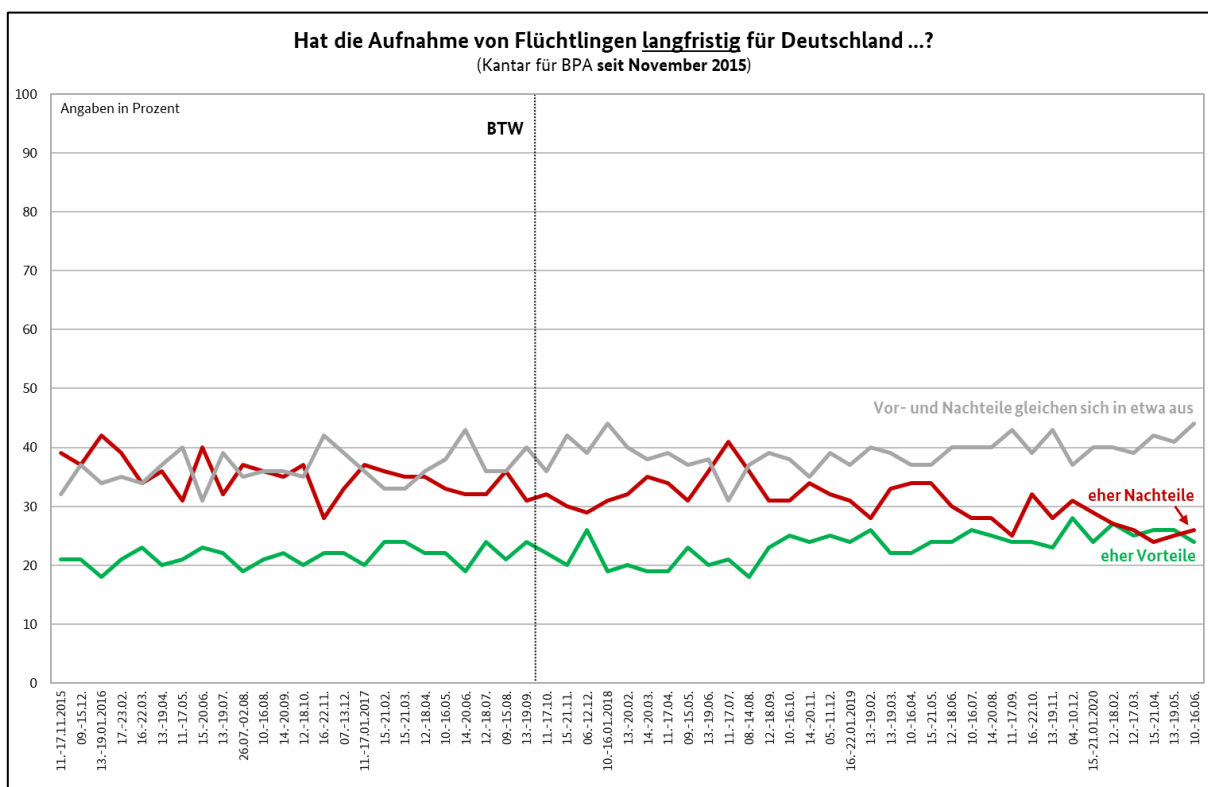
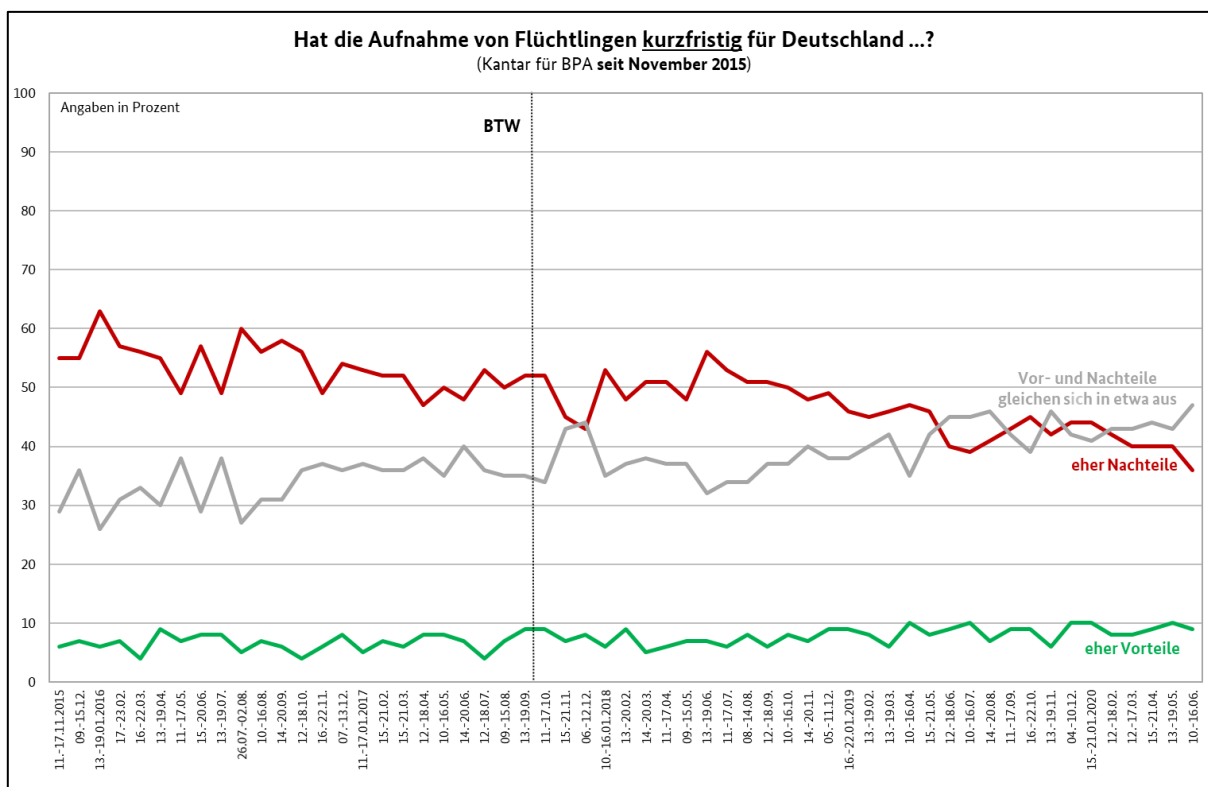
Kantar für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	9	(-1)	24	(-2)
eher Nachteile	36	(-4)	26	(+1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	47	(+4)	44	(+3)
Erhebungszeitraum	10.-16.06.			

Kurzfristig sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen – dieser Anteil ist jedoch auf den niedrigsten Wert seit Erhebungsbeginn im November 2015 gesunken. Überdurchschnittlich oft sind 50- bis 59-Jährige (51 %), Ostdeutsche (45 %) und Männer (42 %) sowie Anhänger der AfD (89 %) und der FDP (56 %) dieser Meinung.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (91 %) sowie Personen mit einfacher formaler Bildung (36 %) und 40- bis 59-Jährige (35 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (34 %) und unter 30-Jährige (33 %) sowie Anhänger der Grünen (41 %) und der SPD (36 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Der höchste Anteil der Bundesbürger ist allerdings der Meinung, dass sich kurzfristig wie auch langfristig Vor- und Nachteile eher ausgleichen. Überdurchschnittlich häufig meinen das unter 30-Jährige (kurzfristig: 58 %, langfristig: 56 %).



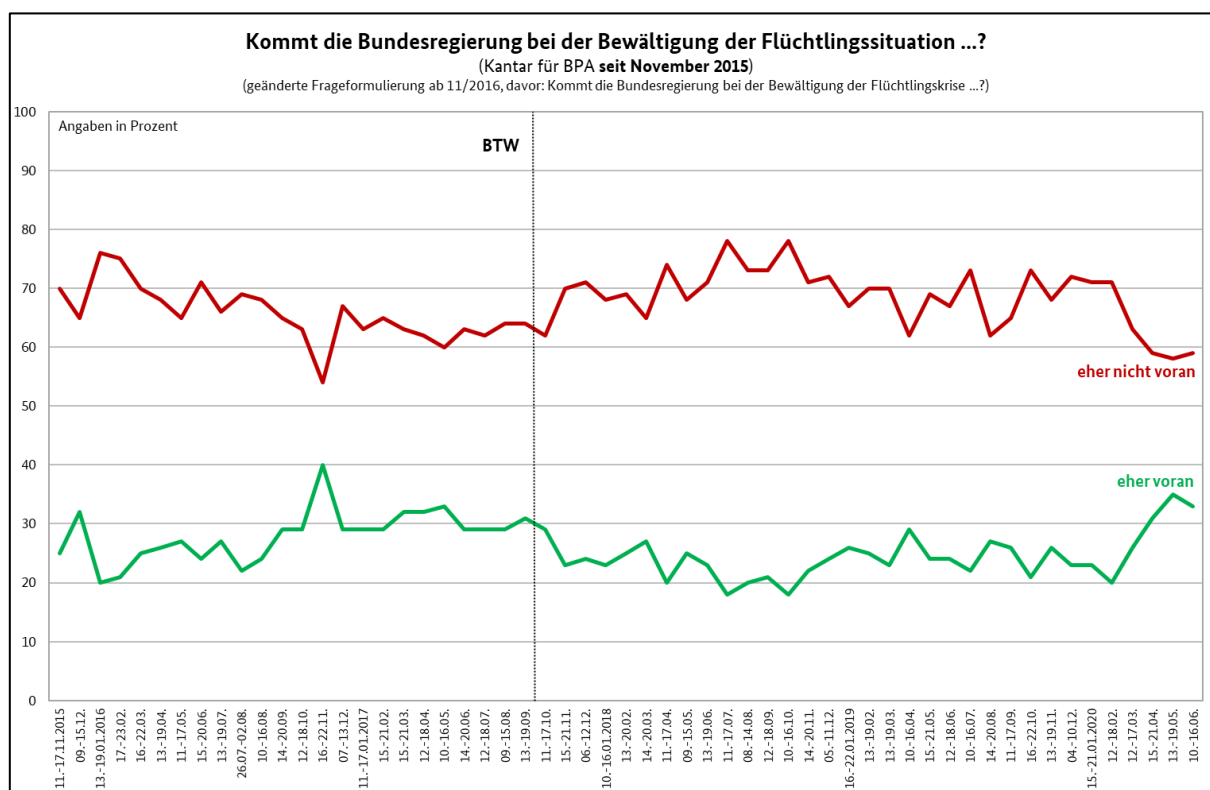
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	Kantar für BPA
eher voran	33 (-2)
eher nicht voran	59 (+1)
Erhebungszeitraum	10.-16.06.

30- bis 49-Jährige (67 %) und Anhänger der AfD (87 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Hingegen meinen Anhänger der Linkspartei (50 %) und der SPD (43 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Männer sind eher dieser Meinung als Frauen (38 % zu 28 %) und Personen mit hoher formaler Bildung eher als Personen mit einfacher formaler Bildung (40 % zu 25 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	65 (-)
Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt	19 (-13)
Allgemeine Wirtschaftslage	14 (+2)
Ausländerfeindlichkeit	7 (+1)
US-Präsident Donald Trump	5 (+1)
Erhebungszeitraum	15.-17.06.

Knapp zwei Drittel der Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche hauptsächlich mit dem Coronavirus.

Unter 30-Jährige nennen das Thema "Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt" häufiger als über 60-Jährige (32 % zu 13 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (23 % zu 9 %).

Anhänger der AfD (24 %) erwähnen die allgemeine Wirtschaftslage überdurchschnittlich oft.

